

Positionspapier

Chinesische Aktivitäten in Osteuropa – Erfolg durch marktaggressive Finanzierungsangebote

Einleitung:

Nicht mehr nur in Südostasien oder Afrika, auch in Zentralasien und Osteuropa sind chinesische Firmen zunehmend als Investoren und Auftragnehmer aktiv. Dieser Eindruck wird unter anderem durch den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und den Verband der Deutschen Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) bestätigt.

Der wachsende chinesische Einfluss lässt sich auch an den aktuellen Handelszahlen ablesen. So hat im Russlandhandel China inzwischen Deutschland als größter Exporteur abgelöst: Im Jahr 2009 erreichte China bei den Exporten in Russland einen Marktanteil von 13,65 Prozent, während der deutsche Marktanteil auf 12,69 Prozent zurückging.

Während sich chinesische Konzerne insbesondere in den Branchen Bau, Verkehrsinfrastruktur, Fahrzeugbau, Industrieanlagenbau, Energie und Telekommunikation in den genannten Regionen immer mehr Aufträge für Großprojekte sichern, kontrolliert China weltweit zunehmend den Zugang zu strategischen Rohstoffvorkommen, was langfristig bereits Versorgungsengpässe insbesondere bei seltenen Metallen für die europäische Wirtschaft befürchten lässt (siehe „BDI warnt vor Rohstofflücke“, Pressemitteilung des BDI vom 25.8.2009).

Marktwirtschaften leben von Konkurrenz. Nicht zuletzt ist der wirtschaftliche Aufschwung von Ländern wie China und Indien mit großen Chancen für die deutsche Wirtschaft verbunden. Marktwirtschaftlicher Wettbewerb wird aber dort ausgehebelt, wo Wettbewerber sich ungleichen rechtlichen Vorgaben ausgesetzt sehen und einzelne Akteure sich auf massive Förderung durch den Staat stützen können. Im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe an chinesische Staatsfirmen in Osteuropa häufen sich die Berichte über Dumping-Angebote, aggressive Finanzierungsmethoden und eine großzügige Absicherung von Geschäftsrisiken durch den Staat. Das verzerrt den Wettbewerb. Eine entsprechende Reaktion der deutschen und europäischen Wirtschaft und Politik ist dringlich.

Der Ost-Ausschuss hat deshalb im April 2010 eine Umfrage unter seinen Mitgliedern gestartet, um einen Überblick über die derzeitige Lage in Osteuropa zu erhalten und die Problemlage zu bestimmen. Bei allen Mitgliedsunternehmen, Trägerverbänden und Partnern, die sich mit Rückmeldungen an der Erarbeitung des vorliegenden Positionspapiers beteiligt haben, bedanken wir uns an dieser Stelle sehr herzlich.

A. Beispiele für chinesische Aktivitäten

Auf den nächsten Seiten werden aktuelle Beispiele für chinesische Großinvestitionen und die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in den Ost-Ausschuss-Ländern an chinesische Staatsfirmen genannt. Die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. So weit dies möglich ist, werden die Konditionen, unter denen die Auftragsvergabe erfolgte, nachgezeichnet.

1. Osteuropa

Ende 2008 unterzeichneten **Belarus** und China insgesamt 70 bilaterale Kooperationsabkommen. Im März 2010 traf die belarussische Zentralbank eine Vereinbarung mit der People's Bank of China, mit der im Austausch bilateraler Waren die Bezahlung in chinesischen Yuan und in belarussischen Rubel ermöglicht wird. Das Währungs-Swap-Geschäft hat ein Volumen von umgerechnet drei Milliarden Dollar. China gewährte Belarus einen Kredit in Höhe von 620 Millionen Dollar zur Modernisierung seiner Zement-Industrie mit chinesischer Technologie. Hier wurden zuletzt Klagen über mangelhafte Qualität chinesischer Ausrüstung laut.

In **Bulgarien** könnte in den nächsten Jahren auf einem alten Militärgelände in der Nähe von Sofia eine chinesische Industriezone errichtet werden, die auch als Hub für den Transport chinesischer Waren in die EU dienen könnte („Der chinesische Drache landet in Osteuropa“, Wirtschaftsblatt vom 29.6.2010).

Griechenland hat bereits 2007 ein Abkommen über eine „Strategische Partnerschaft“ mit China abgeschlossen. Derzeit ist ein Wirtschaftsabkommen mit China mit einem Volumen von einer Milliarde Euro geplant. Schwerpunkt sollen Investitionen in den Schiffsbau, in den Seeverkehr und die Telekommunikation sein. Der chinesische Großkonzern Cosco hat bereits für 35 Jahre den größten griechischen Hafen Piräus übernommen. Im Zuge der griechischen Schuldenkrise wurde Anfang 2010 über den Verkauf griechischer Staatsanleihen im Wert von 25 Milliarden Euro an Peking diskutiert (siehe Artikel in Welt-Online, „China will in Griechenland groß einsteigen“, 15.6.2010).

In **Moldau** soll die „China Overseas Engineering Group“ (Covec) Infrastrukturprojekte im Wert von einer Milliarde Euro ausführen. Hier sollen die Konditionen für einen chinesischen Kredit drei Prozent Zinsen bei 15 Jahren Laufzeit betragen. Covec ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der chinesischen Bahn, die dem chinesischen Staat gehört.

Ein ähnlicher Fall wird auch aus **Montenegro** berichtet. Hier stellte die „Export-Import-Bank of China“ (EXIM) einen Kredit in Höhe von 47 Millionen Dollar für den Kauf chinesischer Schiffe zur Verfügung.

In **Polen** erregte die „China Overseas Engineering Group“ (Covec) Aufsehen. Die Tochterfirma der staatseigenen „China Railway Engineering Corporation“ gewann zwei öffentliche Aufträge für den Bau von zwei Teilabschnitten der Autobahn A2 zwischen Warschau und Lodz. Das Projekt wird mit einem 500-Millionen-Euro-Kredit der Europäischen Investitionsbank finanziert, also mit europäischen Steuergeldern. Nach Informationen des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie hat Covec die von der polnischen Autobahnverwaltung errechneten Baukosten um jeweils mehr als die Hälfte unterboten und lag um jeweils ein Drittel unterhalb des Angebotspreises des zweitniedrigsten Bieters. Der europäische Bauverband Fiec vermutet direkte und damit unlautere Hilfen für Covec durch den chinesischen Staat, der vermutlich entstehende Verluste trage (siehe FAZ-Artikel „Polens Autobahn aus chinesischer Hand“ vom 8.4.2010). Es ist das erste öffentliche Bauprojekt in der EU, das an einen chinesischen Auftragnehmer ging. Es wird vermutet, dass das Projekt auch als Referenz für ähnliche Ausschreibungen in Polen, Bulgarien, Rumänien und Ungarn dienen soll.

In **Rumänien** möchte China in die Sektoren Energie, Landwirtschaft und Bergbau insgesamt rund eine Milliarde Euro investieren. Die China Development Bank hat Unterstützung beim Ausbau der Windenergie angekündigt. Außerdem gibt es derzeit Verhandlungen mit chinesischen Investoren über den Bau von drei Heizkraftwerken.

In **Russland** vergeben chinesische Banken zunehmend Einzelkredite, die an Handelsgeschäfte geknüpft sind. Unter anderem erhielt die russische Firma AFK Sistema einen Kredit über 900 Millionen Dollar zum Kauf chinesischer Telekommunikationsausrüstung. Mit Milliardenkrediten sicherte sich China im Februar 2009 den Zugriff auf 300 Millionen Tonnen Öl: Der vom Kreml kontrollierte größte russische Erdölförderer Rosneft soll von der chinesischen Entwicklungsbank 15 Milliarden Dollar erhalten. Für den Pipelinebetreiber Transneft seien zehn Milliarden Dollar vorgesehen. Vor fünf Jahren hatte der chinesische Konzern CNPC bereits eine Vorauszahlung in Höhe von sechs Milliarden Dollar an Rosneft geleistet. Damit finanzierte Rosneft den Aufkauf des vom Staat zerschlagenen Konkurrenten Yukos (siehe Handelsblatt „Russland beliefert China für Milliardenkredit mit Öl“ vom 17.2.2009). Die Kreditkonditionen sind nicht bekannt, allerdings gibt es Berichte russischer Banken, dass China alles unternimmt, um kommerzielle Beziehungen durch die Gewährung großzügiger Kredite zu entwickeln. Ende August 2010 eröffnete Russlands Ministerpräsident Putin einen ersten Pipeline-Strang bis zur chinesischen Grenze, durch den ab Januar 2011 Öl fließen soll. Das Projekt steht in Konkurrenz zu russischen Öllieferungen nach Europa. Über Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Aufträgen in Russland ist nichts bekannt, allerdings entstand insbesondere in Bezug auf die Bauprojekte für die Winterolympiade in Sotschi 2014 der Eindruck, dass Ausschreibungsregeln nicht immer konsequent befolgt werden. Im Juni 2010 wurde gemeldet, dass China bis 2020 mindestens zwölf Milliarden Dollar in Russland investieren will, insbesondere im Gas- und Ölsektor.

Im September 2010 kündigte Russlands Finanzminister Alexej Kudrin an, dass Russland in den nächsten fünf Jahren Vermögenswerte im Wert von jährlich etwa zehn Milliarden US Dollar verkaufen will. Zu diesem Vorhaben gehören auch die Versteigerungen von Unternehmen, so der Finanzminister. Wie China.org berichtet, will der chinesische Staatsfond, die 200 Mrd. US Dollar schwere China Investment Corp (CIC), hier einsteigen. Dabei interessiert sich der Fonds vor allem für Investitionen in den Bereichen Energie, Agrarwirtschaft und Finanzwesen.

Anfang 2009 unterzeichneten China und **Serbien** ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft. In dessen Folge wurden eine Reihe von serbischen Aufträgen im Wert von mehreren Milliarden Euro an chinesische Unternehmen vergeben. Eines der größten Projekte mit einem Volumen von 170 Millionen Euro ist eine zweite Donaubrücke in Belgrad, die chinesische Firmen mit serbischen Juniorpartnern bis 2013 bauen sollen. Das Projekt wurde ohne Ausschreibung vergeben. Chinesische Firmen seien auch deshalb zum Zuge gekommen, weil die „Export-Import-Bank of China“ (EXIM) für das Projekt einen Kredit in Höhe von 145 Millionen Euro zu einem Zinssatz von drei Prozent und einer Laufzeit von 15 Jahren zur Verfügung gestellt habe (siehe FAZ-Artikel „Chinesische Milliarden für den Balkan vom 31.1.2010). Die marktüblichen Zinsen für ein solches Projekt bewegen sich ca. in einer Höhe von mindestens sechs Prozent bei einer Laufzeit von fünf Jahren.

Ein zweiter Fall ist ein Vertrag des serbischen Kraftwerkbetreibers EPS mit dem chinesischen Bauunternehmen CMCEC zur Modernisierung und Erweiterung eines Braunkohlekraftwerks in Kostolac mit einem Volumen von 1,25 Milliarden Dollar, der im Februar 2010 ohne Ausschreibung unterschrieben wurde. Auch in diesem Fall stellte die chinesische EXIM-Bank 85 Prozent der Finanzierung zu einem Zinssatz von drei Prozent und einer Laufzeit von 15 Jahren zur Verfügung.

Der Staatspräsident der **Ukraine** Viktor Janukowitsch unterzeichnete im September 2010 während eines mehrtägigen Staatsbesuchs in China 13 Abkommen. Insgesamt sagte China zu, vier Milliarden Dollar in Infrastrukturprojekte in der Ukraine zu investieren. Größtes Projekt ist der Bau einer acht

Kilometer langen Eisenbahnlinie vom Flughafen Kiew-Borispol ins Zentrum der ukrainischen Hauptstadt. Den Zuschlag erhielt die staatliche chinesische Maschinenbau-Corporation CMCEC. Das Projekt hat einen Wert von einer Milliarde Dollar und umfasst auch den Bau von vier Bahnhöfen und die Lieferung von Lokomotiven. Vereinbart wurde zudem die Lieferung von chinesischen Gasturbinen für das Wasserkraftwerk Schtscholkino auf der Krim (Wert: 700 Millionen Dollar) sowie die Lieferung einer Offshore-Bohrinsel von China an die Ukraine (Wert: 200 Millionen Dollar). Außerdem soll es generell eine verstärkte Zusammenarbeit in Industrie, Handel und der Weltraumforschung geben. Zu den chinesischen Investoren zählen auch die China Road Bridge Corporation und die China Eximbank (siehe Schweiz Magazin 4.9.2010). Als mögliche Projekte unter Beteiligung von CMCEC gelten zudem der Bau einer Start- und Landepiste auf dem Kiewer Flughafen Borispol, der Bau von Kläranlagen und einer Müllverarbeitungsfabrik im Gebiet Kiew (GUS-Republiken Aktuell vom 27.5.2010).

2. Zentralasien

Über die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOC) - Mitglieder sind Russland, China, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan – gibt es seit 2001 ein Format für eine politische und wirtschaftliche Abstimmung Chinas mit vier der fünf zentralasiatischen Staaten (Ausnahme Turkmenistan). 2009 versprach China den zentralasiatischen SOC-Ländern zehn Milliarden Euro zur Bewältigung der Wirtschaftskrise („Auf leisen Sohlen – China wird in Russlands Hinterhof immer attraktiver“, FAZ vom 19.6.2009). Das Reich der Mitte nutzt die Wirtschaftskrise und die Schwäche anderer Länder, um seinen Einfluss in Zentralasien systematisch auszubauen.

Kasachstan kommt derzeit seinen internationalen Zahlungsverpflichtungen zum Teil nicht nach. Die Forderungen der deutschen Unternehmen an große kasachische Banken – die allesamt staatlich kontrolliert sind - summieren sich mittlerweile auf rund 500 Millionen Euro, 300 Millionen davon sind über Hermes abgesichert und könnten am Ende den deutschen Staat belasten. Westliche Gläubigerbanken haben die Neukreditvergabe daher weitestgehend gestoppt. Aus diesem Grund weicht Kasachstan unter anderem auf chinesische Finanzierungsquellen aus. China stieg auch aus diesem Grund zum zweitgrößten Handelspartner des Landes nach Russland auf. Ein Großteil der kasachischen Ölindustrie wird inzwischen von Chinesen kontrolliert.

In **Usbekistan** weisen folgende Beispiele auf aggressive Finanzierungspraktiken von Seiten chinesischer Bankinstitute hin: Die usbekische Ipotekabank erhielt von der chinesischen EXIM-Bank einen Kredit über 17,3 Millionen Dollar für den Import von Wasserzählern aus China. Das Darlehen wurde mit einer Laufzeit von 20 Jahren im Rahmen der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit gewährt. Der Kredit wurde zum Festzinssatz von zwei Prozent pro Jahr gewährt, Management, Commitment Fees und eine Versicherungsprämie wurden nicht einkalkuliert. Die usbekische Alokabank erhielt im Jahr 2007 Kredite in Höhe von 15,5 Millionen Dollar von der China Development Bank zur Modernisierung von „Uzbektelekom“. Die Alokabank hatte zu diesem Zeitpunkt Eigenmittel in Höhe von ca. 15 Millionen Dollar, weshalb ein deutsches Kreditinstitut den Kredit nicht gewährt hätte, zumal als Sicherheit keine Staatsgarantie sondern nur die gelieferte Anlage und Gebäude der Uzbektelecom diente. Der Zinssatz betrug 1,5 Prozent mit einer Laufzeit von acht Jahren. Marktunüblich wurden weder Management noch Commitment Fees noch eine Versicherungsprämie berechnet. Die usbekische Agrobank nahm eine Kreditlinie der chinesischen EXIM-Bank in Höhe von 2,5 Millionen Dollar zu einem Festzinssatz von 4 Prozent pro Jahr in Anspruch. Auch hier fielen keine weiteren Gebühren und keine Versicherungsprämie an. Als Sicherheit diente eine Staatsgarantie Usbekistans. Die National Bank of Usbekistan (NBU) erhält von der China Development Bank seit 2006 insgesamt etwa 80 Millionen Dollar zu Zinssätzen von 1,5 Prozent und Laufzeiten von neun Jahren ohne weitere Kosten und Sicherheiten. Kredite von der EXIM-Bank an die NBU sollen zu Zinssätzen von zwei bis drei Prozent gewährt worden sein.

B. Bewertung:

Die oben zusammengestellten Beispiele zeigen, dass China bei der Ausweitung seiner Wirtschaftsaktivitäten im östlichen Europa und in Zentralasien in hohem Maße politisch-strategisch und nicht in erster Linie wirtschaftlich vorgeht. Zumindest bei einigen Projekten chinesischer Auftragnehmer spielten die durch chinesische Staatsbanken gewährten Finanzierungsbedingungen die entscheidende Rolle. „Bei der Finanzierung chinesischer Anbieter ist oft eine außergewöhnlich starke staatliche Förderung feststellbar, die sich etwa in sehr niedrigen Zinskonditionen der chinesischen EXIM-Bank für langfristige Kredite oder der Bereitschaft der chinesischen Zentralbank, die Begleichung der Außenstände sowohl in chinesischen Renminbi als auch in lokalen Währungen zu akzeptieren, niederschlägt“, hat der Bundesverband deutscher Banken e.V. festgestellt.

Dabei scheint die Risikobeurteilung chinesischer Kreditinstitute in direkter Korrelation mit den strategischen Interessen der politischen Führung in Peking zu stehen: Je höher das politische Interesse, desto geringer die geforderten Garantien. Ähnliches gilt für die ausführenden chinesischen Firmen, die zumindest in einigen Fällen Angebote weit unterhalb der Konkurrenz abgaben, offensichtlich in dem Bemühen, Referenzprojekte für zukünftige Bewerbungen zu gewinnen. Die Auftraggeber sind aufgrund dieser aggressiven Finanzierungspraktiken gerade infolge der Wirtschaftskrise bereit, im Vergleich zu europäischen Anbietern auch technisch weniger ausgereifte Produkte und Leistungen in Kauf zu nehmen. Privatwirtschaftlich geführte Banken und Unternehmen können bei diesem Spiel nicht mithalten, von einem level-playing-field kann demnach keine Rede sein.

Der wichtigste Vorteil chinesischer Finanzierungen etwa gegenüber Euler Hermes-gedeckten Krediten ist, dass bei ersteren Prämien für Bürgschaften durch die chinesische Exportkreditversicherung häufig nicht in Rechnung gestellt werden. Zum Teil werden weder Management noch Commitment Fees berechnet. Allein dadurch können nach Einschätzung von deutschen Bankinstituten chinesische Staatsbanken im Vergleich zu Euler Hermes Kredite zu etwa acht bis neun Prozent günstigeren Konditionen anbieten. Möglich wird dies durch die Absicherung und damit indirekte Subventionierung durch den chinesischen Staat.

Zu dieser politischen Flankierung kommen die niedrigen Lohnkosten für chinesische Arbeitskräfte hinzu, die bei Großprojekten zu Tausenden aus China angefordert werden. Dieser Kostenvorteil wird durch die international kritisierte Unterbewertung der chinesischen Währung – in den USA wird von einer Unterbewertung von Yuan und Renminbi von 40 Prozent ausgegangen – zusätzlich flankiert.

Die Entwicklung im östlichen Europa scheint nach einem ähnlichen Muster wie die chinesischen Aktivitäten in Afrika zu erfolgen. Dort hat nach Informationen des Bauverbandes der Deutschen Industrie die Volksrepublik China über ihre staatliche EXIM-Bank im Verlauf der vergangenen zehn Jahre 20 Milliarden Dollar an liefergebundenen Infrastrukturkrediten zur Verfügung gestellt, die zumeist durch Rohstoff-Barterverträge abgesichert wurden. Darüber hinaus hätten chinesische Baufirmen aufgrund von Angeboten weit unter den üblichen Selbstkosten - die durch den Einsatz billiger chinesischer Lieferungen, Baugeräte und Arbeitskräfte sowie durch verdeckte staatliche Subventionen ermöglicht wurden – nach Belieben gewinnen können. Aufgrund der Dominanz dieses „chinesischen Geschäftsmodells“ hätte sich die deutsche Bauindustrie weitgehend aus Afrika zurückziehen müssen.

Nach Beobachtungen des VDMA hat es die staatliche Rückendeckung „den chinesischen Unternehmen über Jahre hinweg ermöglicht, 25 bis 50 Prozent unter dem deutschen Preisniveau anzubieten“ (siehe „Der chinesische Großanlagenbau – ein neuer Wettbewerber im globalen Anlagegeschäft“ von Klaus Gottwald, VDMA 2008, Seite 3). Inzwischen habe sich der Abstand aber verringert – beim Bau von Zementanlagen beispielsweise auf acht bis zwölf Prozent – weshalb die von deutschen Anlagenbauern gebotene höhere Qualität wieder stärker zum Tragen komme.

Ein zusätzliches Problem, das an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden soll, ist die anhaltende Verletzung geistiger Eigentumsrechte durch chinesische Anbieter, die über einzelne Komponenten hinaus inzwischen komplette Industrieanlagen nachbauen und so auch qualitativ gegenüber westeuropäischen Anbietern aufgeholt haben. Zwei von drei Unternehmen des deutschen Maschinenbaus leiden nach Angaben des VDMA unter Produkt- oder Markenpiraterie.

Abgesehen von ersten Fällen aus der EU (Polen), sind chinesische Aktivitäten mehrheitlich in Transformationsländern zu beobachten, die am Rande der EU liegen und in denen europäische Ausschreibungsstandards nicht oder noch nicht verankert sind. Die Gewährung günstiger Finanzierungsbedingungen durch Chinesen könnte dort langfristig den negativen Effekt haben, dass der Druck auf diese Länder, sich europäischen Wirtschafts- und Demokratiestandards anzunähern, nachlässt und das Ziel einer EU-Mitgliedschaft an Ausstrahlung verliert. Länderbeispiele hierfür sind Serbien, Belarus und die Ukraine. Aber auch in Rumänien und Bulgarien, die beide bereits EU-Mitgliedsländer sind, könnte ein zunehmendes chinesisches Engagement den noch zu vollendenden Transformationsprozess zusätzlich behindern und den Einfluss Brüssels beschneiden. Für große Diskussionen hatte in diesem Zusammenhang im Januar 2010 auf dem Höhepunkt der Griechenland-Krise die Nachricht gesorgt, chinesische Staatsbanken wollten griechische Staatsanleihen erwerben und sich damit direkten Einfluss auf ein Euro-Land sichern, wozu es letztlich aber nicht kam.

C. Positionen des Ost-Ausschusses:

Hinter dem aggressiven Marktverhalten chinesischer Staatsbanken steht das grundsätzliche Problem, dass chinesische Kredit- und Garantiegeber im Gegensatz etwa zu deutschen Kreditgebern in ihrer Exportkreditförderung nicht an Vorgaben der OECD (Konsensus über die Exportkreditförderung) gebunden sind, weil China nicht Mitglied der OECD ist. Ein möglicher Hebel gegen chinesische Finanzierungspraktiken sind daher derzeit allenfalls Klagen der EU in Bezug auf das WTO-Subventionsabkommen.

Die Exportkreditagenturen (ECA) der OECD-Länder sind seit Jahren bemüht, die chinesischen ECA in die Harmonisierung der Exportkreditversicherung einzubeziehen. Hier sollten die OECD-Länder und insbesondere die Bundesregierung ihre Anstrengungen verstärken, um in Zukunft auf diesem Feld Wettbewerbsvorteile chinesischer Exporteure auszuschließen und ein level-playing-field herzustellen. Problematisch sind womöglich weniger die allgemeinen Konditionen der ECA. Hier scheinen sich die chinesischen Konditionen nicht so sehr von europäischen zu unterscheiden. Hochproblematisch sind dagegen Sonderfinanzierungen, die etwa im Rahmen von bilateralen Kooperationsabkommen gewährt werden.

Unter Einbeziehung der EU-Kommission, europäischer Kreditanstalten wie der EIB und der EBRD und dem europäischen Wirtschaftsverband Business Europe sollte eine umfassende europäische Antwort auf das Vorgehen chinesischer Staatskonzerne im östlichen Europa erarbeitet werden:

1. Bei öffentlichen Ausschreibungen innerhalb der EU und in Ländern mit EU-Beitrittsambitionen, bei denen EU-Fördermittel eine Rolle spielen, muss die Berücksichtigung von Bietern aus Ländern, die sich wie China nicht an den OECD-Konsensus halten und auch das Government Procurement Agreement (GPA) der WTO nicht unterzeichnet haben, besonders überprüft und gegebenenfalls unterbunden werden. Es bedarf hier einer EU-einheitlichen Regelung.
2. Generell ist sicherzustellen, dass bei den Ausschreibungskriterien für öffentliche Aufträge innerhalb der EU darauf geachtet wird, dass keine Auftragnehmer zum Zuge kommen, die mit staatlicher Rückendeckung private Wettbewerber aus dem Felde schlagen, indem sie Dumping-Konditionen anbieten. Dies ist nicht zuletzt auch im Sinne der beteiligten Länder, die kein Interesse daran haben können, dass Aufträge zum Beispiel von chinesischen Arbeitskräften an der lokalen Wertschöpfung vorbei ausgeführt werden.
3. Freihandel funktioniert nur in beide Richtungen. Bei den laufenden GPA-Verhandlungen mit China muss es eine Regelung geben, dass dem Marktzugangsniveau der übrigen GPA-Länder entspricht. China verhandelt seit zwei Jahren über die Unterzeichnung des GPA, dass die meisten öffentlichen Ausschreibungen in einem Vertragsstaat für Wettbewerber aus den übrigen Vertragsstaaten öffnet. Derzeit scheint ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen allerdings in weiter Ferne zu liegen, was es westlichen Firmen sehr schwer macht, bei staatlichen Ausschreibungen in China erfolgreich zu sein. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie weist darauf hin, dass China nach seinem WTO-Beitritt ein Qualifizierungssystem eingeführt hat, das ausländische Bauunternehmen benachteiligt und zu einem Quasi-Ausschluss nicht-chinesischer Baufirmen geführt hat. Das internationale Rechtsprinzip der Reziprozität werde nicht ausreichend beachtet.
4. Gleichzeitig sollte Deutschland die eigenen öffentlichen Finanzierungsangebote für Geschäfte im Ausland überprüfen und diese gegebenenfalls noch attraktiver gestalten – selbstverständlich ohne dabei internationales Recht zu verletzen.

5. Auch in Bezug auf die Sicherung von Rohstoffen müssen Deutschland und die EU ihre Interessen konsequenter vertreten. China sichert sich überall auf der Welt die Rohstoffe der Zukunft und reduziert gleichzeitig seine Ausfuhren an im Lande geförderten Rohstoffen, insbesondere Seltene Erden. Diese Rohstoffe sind für die Hightech-Industrie unverzichtbar. Viele dieser Rohstoffe gibt es auch in Russland, der Ukraine und den Ländern Zentralasiens. Am Beispiel Kasachstans hat der Ost-Ausschuss bereits eine Rohstoffstrategie vorgeschlagen und befindet sich dazu in Gesprächen mit der Bundesregierung. Vorbild für eine derartige Strategie könnte das Erdgas-Röhrengeschäft sein, das die Bundesrepublik in den 1970er Jahren unter Vermittlung des Ost-Ausschusses mit der damaligen Sowjetunion vereinbarte.

6. Nicht zuletzt geht es auch darum, dass die EU in ihrer Nachbarschaftspolitik mit politischen und wirtschaftlichen Angeboten noch stärker auf Transformationsländer wie die Ukraine, Serbien, Belarus aber auch Russland und die zentralasiatischen Länder zugeht, um Reformanstrengungen dort wieder attraktiver und chinesische Angebote weniger lukrativ zu machen:

Das Programm der Östlichen Partnerschaft (für die Länder Belarus, Ukraine, Moldau, Georgien, Aserbaidschan, Armenien) sollte zu einer Annäherung der beteiligten Länder an die EU führen, wird aber durch Konstruktionsfehler belastet. Hier wurden von der EU sechs Länder zusammengefasst, die sich deutlich voneinander unterscheiden, zum Teil Konflikte miteinander austragen, und dem Programm selbst aus den verschiedensten Gründen in der Mehrzahl mit großer Skepsis gegenüberstehen. Hinzu kommt die Skepsis Russlands, das sich durch die Östliche Partnerschaft herausgefordert fühlt und eigene Integrationsanstrengungen unternimmt (z. B. Zollunion). Erfolgversprechender ist daher der Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und den einzelnen Ländern. Dazu gehört insbesondere die Vereinbarung von Freihandels- und Assoziationsabkommen und damit die Integration in den europäischen Markt, wie dies beispielsweise mit den EFTA-Ländern Schweiz und Norwegen gelang, ohne dass beide Länder bislang EU-Mitglieder geworden wären.

Im Jahr 2007 gab sich die EU unter deutschem Ratsvorsitz eine neue Zentralasien-Strategie, für die sich der Ost-Ausschuss damals stark engagiert hatte. Die hier geschaffenen Ansätze müssen intensiver verfolgt werden.

Stand: Oktober 2010

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel. +49 (0)30 – 2028 - 1452
Mail: ost-ausschuss@bdi.eu
www.ost-ausschuss.de